

Blog für Review 2014-Auswärtiges Amt Berlin

Tunesiens „unvollendete Revolution“ – umfassende und tiefgreifende Wirtschaftsreformen müssen endlich beginnen!

Professor Dr. Karl Wohlmuth, Universität Bremen

Deutschland sollte seine vielfältigen Aktivitäten in Tunesien besser koordinieren und mit anderen EU-Ländern abstimmen. Nur wenn der umfassende Reformbedarf in allen Bereichen der Wirtschaft angegangen wird, können auch die 2011 initiierten politischen Reformen erfolgreich sein. Deutschland kann beim Aufbau eines funktionsfähigen Nationalen Innovationssystems (NIS) mit seinen Erfahrungen helfen, um Wirtschaft und Forschung besser und zielorientierter miteinander zu vernetzen. Ein Beitrag von Karl Wohlmuth.

Tunesien hat den politischen Reformprozess seit 2011 erfolgreich bewältigt. Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden gegründet, für die Presse- und Meinungsfreiheit im Land wurde viel getan, und die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind erfolgreich verlaufen. Zudem hat Tunesien über eine Million Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen und damit bedeutende humanitäre Hilfe geleistet. Dieser weitgehend erfolgreiche politische Findungsprozess darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirtschaftsreformen erst am Anfang stehen und dass die Revolution von 2011 daher unvollendet ist.

Politische Reformen wurden durchgesetzt, aber das Wirtschaftsmodell der 70er Jahre wirkt unverändert fort

Die Weltbank hat in ihrem Bericht „The Unfinished Revolution“ eine schonungslose Kritik am etablierten Wirtschaftsmodell Tunesiens vorgelegt und umfassende wie auch tiefgreifende Reformen vorgeschlagen (**World Bank 2014**). Der Bericht ist bedeutsam, weil dargelegt wird, dass das Wirtschaftsmodell der 70er Jahre unverändert weiter wirkt und Ergebnisse hervorbringt, die die politische Stabilität von Tunesien nachhaltig gefährden können: die hohe Arbeitslosigkeit (um die 15%, in manchen Regionen bis zu 40%), die hohe Arbeitslosigkeit bei Akademikern (30% - 40%, oder mehr in Abhängigkeit vom Studienfach), die ausufernde Bürokratie und Korruption, die Behinderung des Wachstums von Unternehmen durch ein umfassendes System von administrativen Hürden, die unfassbare Privilegierung von „politisch vernetzten“ Unternehmen, usw. Wenn all dies nicht schnell, umfassend und tiefgreifend angegangen wird, besteht die Gefahr, dass die Aufbruchsstimmung in Tunesien rasch endet. Die hohe Arbeitslosigkeit in Tunesien kann durchaus erfolgreich bekämpft werden, wenn Strukturreformen systematisch angegangen werden.

Politische Verbindungen und Korruption bestimmen den Geschäftserfolg

Die Schaffung von Arbeitsplätzen setzt Investitionen voraus, doch diese lohnen sich nur für „politisch vernetzte“ Unternehmen und für Unternehmen im Exportsektor auf Grund der bestehenden Gesetze zur Investitionsförderung. Die Familie von Ben Ali konnte sich mit ihren Unternehmen über 20% der privaten Profite des Landes aneignen, und andere Familien im Lande sind bis heute ähnlich erfolgreich. Neugründungen von Unternehmen sind kaum möglich, weil Gesetze und Verordnungen die bestehenden Unternehmen in vielen Sektoren der Wirtschaft vor Konkurrenz schützen. Staatsunternehmen kontrollieren zwischen 50% und 100 % der zentralen Sektoren der Wirtschaft (etwa Energieversorgung, Transport und Verkehr, Telekommunikation, Banken, Dienstleistungen aller Art) und verteuern durch ihre

Monopolstellung die Produktionskosten der anderen Unternehmen, die deren Leistungen nachfragen. Politisch vernetzte Unternehmen können ihren Marktanteil gegenüber den nicht vernetzten Unternehmen um 6,3 % erhöhen (**EBRD 2014a**). Der fehlende Wettbewerb im Bankensektor behindert das Wachstum aller politisch nicht vernetzten Unternehmen wie auch die Neugründung von Unternehmen. Die ausufernde Bürokratie wirkt wie eine hohe Unternehmensbesteuerung; geschätzt 13% der Umsätze sind aufzuwenden, um die vielen administrativen Hürden zu bewältigen.

Umfassender Reformbedarf in allen zentralen Wirtschaftssektoren

Auch in anderen Politikbereichen besteht dringender Reformbedarf. Die Agrarpolitik fördert nicht die Produkte, die wettbewerbsfähig produziert werden könnten; dies trifft die verarmten Hinterland-Regionen. Die Wirtschaftspolitik erreicht praktisch nur die Küstenregionen im Norden. Die Industriepolitik ist nicht effektiv; Arbeiter mit niedriger Qualifikation produzieren Güter mit niedriger Wertschöpfung und mit niedrigen Löhnen (Textilien und Bekleidung, Landwirtschaft und Agro-industrie, Assembling elektrischer und elektronischer Komponenten, etc.). Die hohe Zahl von Universitätsabsolventen kann in dieser Industriestruktur keine Beschäftigung finden. Es entstehen nur wenige Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeitskräfte. Neugründungen sind fast unmöglich und durch die vielen Schutzmechanismen bleiben auch ineffiziente Unternehmen im Markt. Unternehmen wachsen nicht, um unterhalb des „Radars der Behörden“ zu bleiben, um so Kosten durch eine „informelle Besteuerung“ zu vermeiden. Innovation und Produktivität werden nicht belohnt. Politische Beziehungen und Korruption garantieren hohe Gewinne und hohe Marktanteile. Die politisch vernetzten Unternehmen haben keine Anreize für Innovation, und die politisch nicht vernetzten Unternehmen haben keinen Zugang zu Finanzmitteln, um Innovationen zu finanzieren. Neue Arbeitsplätze können auf dieser Grundlage nicht geschaffen werden.

Deutschland kann zum Aufbau eines Nationalen Innovationssystems (NIS) in Tunesien entscheidend beitragen

Was kann Deutschland tun? Sollten die Reformen im Strukturbereich endlich erfolgreich angegangen werden, dann kann Deutschland beim Aufbau eines funktionsfähigen Nationalen Innovationssystems (NIS) mit seinen Erfahrungen helfen. Erst dann sind produktive Beziehungen der tunesischen Unternehmen zu den anderen Eckpfeilern des NIS möglich. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat 2014 auf die großen Chancen verwiesen, die ein neues NIS für den Strukturwandel bietet, da die vorhandenen produktiven Fähigkeiten des Landes dann für eine anspruchsvollere industrielle Produktion genutzt werden könnten (**EBRD 2014b**). Die tunesischen Unternehmen können in einem funktionsfähigen NIS mit Forschungseinrichtungen und Universitäten kooperieren und Graduierte als qualifizierte Arbeitskräfte einsetzen. Die Unternehmen können von einem reformierten Bankensystem Kredite für Innovationen bekommen und auch neue Risikokapitalfonds für innovative Prozesse nutzen. Risikokapitalfonds sind in Tunesien wenig entwickelt, um Neugründungen von Unternehmen und riskantere Innovationen zu finanzieren. Die diesbezüglichen Reformen von 2009 sind in Ansätzen stecken geblieben (**World Bank 2010**). Die Unternehmen können in einem funktionsfähigen NIS auch besser von den staatlichen Regulierungs- und Zertifizierungsbehörden unterstützt werden und sich selbst über ihre Verbände in die Diskussion über eine zukunftsweisende F&E-Politik einbringen. Nicht nur die Unternehmen werden profitieren, sondern auch die Forschungseinrichtungen und Universitäten, die Banken und Wagniskapitalfonds, die Patentämter und

Beratungsunternehmen, und die Behörden, die für die Regulierung und Zertifizierung sowie für die Politikformulierung zuständig sind. All diese Interaktionen gibt es bisher in Tunesien nicht.

Die Ausbildungsprogramme an Universitäten und in der Berufsbildung sind nicht auf die Bedürfnisse der Unternehmen abgestimmt. Den Universitäten fehlt die Autonomie, um eigenständig mit den Unternehmen kooperieren zu können. Die Spillover-Effekte von ausländischen Investoren in Tunesien zu den heimischen Unternehmen in den Bereichen Innovation, Ausbildung, Marktentwicklung und Technologietransfer könnten verstärkt werden, doch geht dies nicht ohne neue Investitionsförderungs- und Arbeitsmarktregelungen. Das Patronage-System bei den heimischen Unternehmen hemmt ebenfalls innovative Entwicklungen. Aber auch regionale und lokale Innovationssysteme müssen gestärkt werden, um die Revolution in Tunesien zu vollenden, denn die regionalen ökonomischen Unterschiede sind unhaltbar groß (vgl. dazu **AfDB 2014**). Andererseits bieten in Tunesien die Informations- und Kommunikationstechnologien Chancen für eine partizipative politische, soziale und ökonomische Entwicklung (**World Bank 2012**). Auch in diesem Bereich sollte sich Deutschland engagieren.

Deutschland sollte seine vielfältigen Aktivitäten in Tunesien besser koordinieren und mit anderen EU-Ländern abstimmen

Ansätze für eine deutsche Beteiligung an den Reformprozessen in Tunesien gibt es bereits. Deutsche Wissenschaftler sind dabei, das nationale Innovationssystem (NIS) von Tunesien zu evaluieren und Vorschläge für Reformen zu machen. Universitäten und Forschungseinrichtungen der beiden Länder vereinbaren Partnerschaften. Auch Unternehmen der beiden Länder kooperieren. Zum notwendigen Strukturwandel in Tunesien kann dies allerdings erst dann beitragen, wenn die Wirtschaftsreformen in Tunesien vorankommen und wenn dann die Eckpfeiler des NIS besser mit den Unternehmen vernetzt werden. Solange die tunesischen Unternehmen, unabhängig von der Größe und dem Sektor, in dem sie tätig sind, keinen ökonomischen Anreiz haben, mit Universitäten, F&E-Einrichtungen und Berufsbildungsinstitutionen zu kooperieren, werden die deutschen Beiträge begrenzt bleiben. Deutschland kann aber schon jetzt seine vielfältigen Aktivitäten in Tunesien inhaltlich und organisatorisch besser aufeinander abstimmen. GIZ, DAAD, DFG, Alexander von Humboldt-Stiftung, Goethe-Institut u. a. m. sind aktiv, doch fehlen gemeinsame Strategien und Richtlinien. Auch innerhalb der EU gibt es keine wirksame Abstimmung; auch dafür könnte Deutschland sorgen.

Hinweise zum eigenen Beitrag:

Wohlmuth, Karl/Hans-Heinrich Bass, Beitrag erschienen am 8. 12. 2014, Titel des Beitrags: Nach den Wahlen ist vor den Reformen, in: The European, Das Debatten-Magazin, Web Access: <http://www.theeuropean.de/hans-heinrich-bass/9297-tunesien-nach-den-praesidentschaftswahlen-hoffnung>

Hinweise zu den Quellen im Text (und zur Vertiefung):

World Bank 2010:

<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/2955/508470ESW0Rep11B01PUBLIC01219120101.pdf?sequence=1>

World Bank 2012:

https://www.infodev.org/infodev-files/resource/InfodevDocuments_1141.pdf

World Bank 2014:

Langfassung (kompletter Bericht):

<http://www->

wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2014/09/16/000456286_20140916144712/Rendered/PDF/861790DPR0P12800Box385314B00PUBLIC0.pdf

Kurzfassung (Synthese):

http://www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/MNA/tunisia_report/tunisia_report_the_unfinished_revolution_eng_synthesis.pdf

EBRD 2014a:

Online Report:

<http://tr.ebrd.com/>

PDF-Fassung:

<http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/tr14.pdf>

EBRD 2014b:

<http://www.ebrd.com/downloads/news/tunisia-knowledge-report.pdf>

AfDB 2014:

http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/The_AfDB_Group_in_North_Africa_2014.pdf

Kurzportait Professor Karl Wohlmuth:

Der Beitrag von Professor Karl Wohlmuth ist im Rahmen der Review 2014 des Auswärtigen Amtes erschienen. Professor Wohlmuth hat im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit der renommierten Universität ENIT in Tunis an der Etablierung eines Masterstudiengangs zur Technologie- und Innovationspolitik (Engineering and Technology Policy) mitgewirkt. Professor Karl Wohlmuth leitet in Bremen an der Universität die Research Group on African Development Perspectives, die das African Development Perspectives Yearbook seit 1989 herausgibt. Professor Wohlmuth ist auch als internationaler Konsulent aktiv.

Nähere Informationen zu den Arbeitsbereichen von Professor Dr. Karl Wohlmuth:

<http://www.karl-wohlmuth.de/>

